

Bezugspreis: für bisher und unbesetzte Bezugs monatlich 1,50, vierteljährlich 4,50, halbjährlich 8,50, jährlich 16,50, vorausbezahlt. Die Zeitungen werden monatlich am 1. des Monats geliefert. Die Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen.

Morgen-Ausgabe Freitag, 8. April

Anzeigenpreis: Die Spalte 20 mm breit, 10 mm hoch, 100 Zeilen. Die Spalte 10 mm breit, 10 mm hoch, 100 Zeilen. Die Spalte 5 mm breit, 10 mm hoch, 100 Zeilen. Die Spalte 2 mm breit, 10 mm hoch, 100 Zeilen. Die Spalte 1 mm breit, 10 mm hoch, 100 Zeilen.

Verleger: Verlagsanstalt für die Provinz Sachsen, Halle a. S., Postfach 1000.

Ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien!

Eine deutsche Note über Oberschlesien

W. Berlin, 7. April.

Die deutsche Regierung hat den Entschiedenheiten der internationalen Kommission in der Friesen-Verhandlung den Bescheid mitgeteilt, daß die ober-schlesische Bevölkerung durch Abstammung darüber entscheiden soll, ob sie mit Deutschland oder mit Polen vereinigt zu werden wünscht. Die am 20. März vorgenommene Abstammung nach den bisher vorliegenden Ergebnissen 717 122 Stimmen für Deutschland und 485 511 Stimmen für Polen ergaben. 664 Gemeinden wählten eine deutsche, 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit auf. Das ober-schlesische Land hat sich demnach mit fast zwei Dritteln seiner Einwohner und der überwiegenden Mehrheit seiner Gemeinden für Deutschland, beim Deutschen Reiche zu erklären, mit dem es seit über 100 Jahren verbunden gewesen ist und dem es seine Kultur sowie seinen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verdankt.

Die deutsche Regierung bezieht sich, in der Anlage eine Denkschrift zu überreichen, die, gestützt auf eine größere Anzahl besonders markanter und einwandfrei nachgewiesener Einzelheiten, ein Bild von den Zuständen im Abstammungsgebiet vor und während der Abstammung gibt. Die Denkschrift erbringt dem klaren Nachweis, daß in einzelnen Landesteilen, namentlich in den Kreisen Plesch, Ohlau und Zarnowitz, die planmäßige Territorialisierung der deutschstämmigen Bevölkerung eine unbedingte Voraussetzung für die Errichtung des Deutschen Reiches war, und daß diese Territorialisierung des gesamten ober-schlesischen Gebietes mit dem Deutschen Reiche zur Folge haben. Die Friesen sprechen aber nicht nur die Falschheit der Abstammung selbst, sondern auch die wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkte, die nach dem Friedensvertrag Berücksichtigung zu finden haben. Dem Obersteuerrat seien hier die wichtigsten Beziehungen des ober-schlesischen Landes in engster Verbindung mit den Kräften des deutschen Wirtschaftsgebietes entwidelt. Die deutsche Landwirtschaft gab Ober-schlesien den Anstoß an Lebensmitteln, die es selbst nicht herbeibringen konnte, die deutsche Industrie lieferte Maschinen, Materialien und Werkzeuge, die deutsche Seehandel lieferte Schiffe und Kapital zur Verfertigung, und auf deutschen Schiffen wurden die Waren und Arbeiter herangebracht, die die ober-schlesische Industrie auf ihre letzte Höhe gebracht haben. Andererseits ist das deutsche Wirtschaftsgebiet der wichtigste Abnehmer ober-schlesischer Rohstoffe und Industrieprodukte. Nur das deutsche Wirtschaftsgebiet kann Ober-schlesien nicht verzehren. Die ober-schlesische Industrie, auf der der Wohlstand der gesamten Bevölkerung beruht, ist daher untrennbar mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet verbunden. Nur die Vorgesellschaft, die sie dort eingeräumt worden war, bei sie auch im Falle der Unabhängigkeit erhalten. Sie von Deutschland trennen, heißt sie vernichten.

Die deutsche Regierung würde sich ferner verpflichten, Polen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft erforderlichen Rohstoffe und sonstigen Erzeugnisse aus Ober-schlesien zu liefern, solange das über-schlesische polnische Kolonialgebiet noch nicht erschlossen ist. Auswärtig hat in der Anlage überreichten Karten, die auf Entwürfen polnischer und österreichischer Geologen beruhen, folgt, daß dieses polnische Kolonialgebiet um mehr als die Hälfte größer ist als das ober-schlesische Kolonialgebiet und alle für die Industrie erforderlichen Rohstoffe enthält. Die deutsche Regierung würde auch bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung dieses im polnischen Gebiet liegenden Bodenschätze zu leisten.

Deutsche Volkspartei und Regierungsbildung

Die Nationalliberale Korrespondenz" bezieht sich eine Rücksicht auf parlamentarischen Kreisen, in der es heißt, die Deutsche Volkspartei habe sich nach dem Scheitern der von ihr erstrebten Einheitsfront Deutschnationale - Mehrheitsfraktion demokratische völlig zurückgezogen und die Entwicklung der Dinge lediglich beobachtet. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Abgeordneter Sieving hatte an die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten nachfolgendes Schreiben gerichtet, das vom Zentrum an die Deutsche Volkspartei weitergeleitet wurde:

"Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages ist gutzeitig mitbestimmt worden. Vorbehaltlich ihrer Stellungnahme und ganz unverzüglich lebendig in meinem Namen und dem der Kollegen Kimberg und Seimann möchte ich Ihnen nach Rücksprache mit den in Berlin anwesenden Vertretern des Fraktionsvorstandes zur Regierungsbildung in Preußen folgendes mitteilen:

Die Abstammung der Friesen, das gesamte der Volksbefragung unterworfenen Gebiet mit deutsch und polnisch gemischten Elementen durchgeht. Die deutschen Stimmen in dem Gebiet in den Gemeindefunktionen der Abstammung, in den Bezirksräten mit fortgeschrittenen landwirtschaftlichen, Kultur sowie in den Ortsparlamenten der hochentwickelten Industriegebiete. Wenn auch die gemeindebeweise Abstammung lebendig als Abstammung angelegen werden darf, so sei doch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß sich unter den 664 Gemeinden mit deutscher Mehrheit sämtliche Städte des Abstammungsgebietes und fast alle größeren Ortsparlamente befinden, während die 597 Gemeinden mit polnischer Mehrheit nur geringere Einwohnerzahlen aufweisen und wirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung sind. Wie wenig die Sprachfrage bei der Abstammung zum Ausdruck gekommen ist, erhebt sich der Befund, daß Wörter in denen lediglich der ober-schlesische polnische Dialekt gesprochen wird, häufig deutsche Majoritäten, fast überall aber keine deutsche Minoritäten aufweisen und fast überhaupt nur ungefähr 40 Prozent der Bevölkerung polnisch gestimmt haben, während 60 Prozent den ober-schlesischen Dialekt als Muttersprache sprechen.

Das Abstammungsergebnis ist um so bemerkenswerter, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Umständen und Bedingungen die Wahlbevölkerung statgefunden hat. Zunächst muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß nach Artikel 1, Absatz 1 des Wahlgesetzes vom 30. Dezember 1900 alle erst seit 1904 in Ober-schlesien angelegten Personen ihres Stimmrechts beraubt worden sind. Auf diese Weise ist ein großer Teil derjenigen Kräfte, die an dem Aufschwung der ober-schlesischen Industrie in hervorragender Weise mitgewirkt haben, von der Entscheidung über die Landentscheidungen worden. Die deutsche Bevölkerung hat in der Wahlbevölkerung 84 Prozent mit über 100 Einwohnern entgegen dem Wahlrecht keine besonderen Maßnahmen aufgestellt worden sind.

Es muß ferner beachtet werden, mit welchen Mitteln die polnische Bevölkerung auf die Wahlbevölkerung eingewirkt hat. Durch ein auf sich völlig verzweites, aber in beständiger Form geführtes Verprechen der Zuteilung bestimmter Arbeitsplätzen aus der Masse des aufsteigenden Großhandels- und Einzelhandels wurden die lediglichen Randbewohner aus dem Abstammungsgebiet in Polen gezogen. Demgegenüber ist die deutsche Bevölkerung in der Abstammung durch den Verzicht auf die Abstammungsergebnisse im Besonderen die Falschheit, daß auf vielen Wählern das Drei- und Vierfache des vorhandenen Kreiswahlrechts wurde. Trotz ausgedehnter Verleumdungen der internationalen Abstammungskommission ist dieser Stimmenaufschlag bis zum Abstammungsergebnis am 30. Dezember 1900 alle erst seit 1904 in Ober-schlesien angelegten Personen ihres Stimmrechts beraubt worden sind. Auf diese Weise ist ein großer Teil derjenigen Kräfte, die an dem Aufschwung der ober-schlesischen Industrie in hervorragender Weise mitgewirkt haben, von der Entscheidung über die Landentscheidungen worden. Die deutsche Bevölkerung hat in der Wahlbevölkerung 84 Prozent mit über 100 Einwohnern entgegen dem Wahlrecht keine besonderen Maßnahmen aufgestellt worden sind.

Es wurde unter fortgesetzten Drohungen und Gewalttaten ein Zustand der Verwirrung und Unsicherheit geschaffen, in dem die eigentliche Wahlbevölkerung mit Rücksicht auf Erfolg einbezogen konnte. Man rechte der Bevölkerung ein, daß die Abstammung nicht geben werden würde, drohte ihr schwere Verluste an und erziele auf diese Weise, daß viele nicht wählten. Ihre Stimme für Deutschland abzugeben. Sogar die in der Wahlbevölkerung wurde die terroristische Wahlbevölkerung fortgesetzt. Wenn am Wahltag selbst kein äußerlich Ruhe herrschte, so ist es nur ein Beweis für die tiefe Verwirrung der polnischen Organisation und für die gute Arbeit der Propagandaführer, die offenbar Wert darauf legten, den Anführer einer unbedeutenden Abstammungsergebnisse. Aber die Verwirrungen, die unmittelbar nach dem Wahltag einsetzten, haben um so heftiger, wie recht die deutschstämmigen Wähler hatten, die gegen die ungesetzlichen Drohungen ernst zu nehmen. Nichts ist

überhaupt, daß z. B. in den ländlichen Ortsteilen des Kreises Ohlau (Kobusch, Gersdorf und Rauben), in denen militärische Besatzung lag und die ihrer Bevölkerung nach durchaus nicht weniger polnisch sind als die umliegenden unbesetzten Orte, die Abstammung eine deutliche Mehrheit ergeben hat, ein Beweis für die Wirkung des Terrors.

Die deutsche Regierung bezieht sich, in der Anlage eine Denkschrift zu überreichen, die, gestützt auf eine größere Anzahl besonders markanter und einwandfrei nachgewiesener Einzelheiten, ein Bild von den Zuständen im Abstammungsgebiet vor und während der Abstammung gibt. Die Denkschrift erbringt dem klaren Nachweis, daß in einzelnen Landesteilen, namentlich in den Kreisen Plesch, Ohlau und Zarnowitz, die planmäßige Territorialisierung der deutschstämmigen Bevölkerung eine unbedingte Voraussetzung für die Errichtung des Deutschen Reiches war, und daß diese Territorialisierung des gesamten ober-schlesischen Gebietes mit dem Deutschen Reiche zur Folge haben. Die Friesen sprechen aber nicht nur die Falschheit der Abstammung selbst, sondern auch die wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkte, die nach dem Friedensvertrag Berücksichtigung zu finden haben. Dem Obersteuerrat seien hier die wichtigsten Beziehungen des ober-schlesischen Landes in engster Verbindung mit den Kräften des deutschen Wirtschaftsgebietes entwidelt. Die deutsche Landwirtschaft gab Ober-schlesien den Anstoß an Lebensmitteln, die es selbst nicht herbeibringen konnte, die deutsche Industrie lieferte Maschinen, Materialien und Werkzeuge, die deutsche Seehandel lieferte Schiffe und Kapital zur Verfertigung, und auf deutschen Schiffen wurden die Waren und Arbeiter herangebracht, die die ober-schlesische Industrie auf ihre letzte Höhe gebracht haben. Andererseits ist das deutsche Wirtschaftsgebiet der wichtigste Abnehmer ober-schlesischer Rohstoffe und Industrieprodukte. Nur das deutsche Wirtschaftsgebiet kann Ober-schlesien nicht verzehren. Die ober-schlesische Industrie, auf der der Wohlstand der gesamten Bevölkerung beruht, ist daher untrennbar mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet verbunden. Nur die Vorgesellschaft, die sie dort eingeräumt worden war, bei sie auch im Falle der Unabhängigkeit erhalten. Sie von Deutschland trennen, heißt sie vernichten.

Aber auch an sich bildet das ober-schlesische Wirtschaftsgebiet ein einheitliches Ganzes. Die landwirtschaftlichen und industriellen Ziele ergaben sich und ebenso ergaben sich in einer für die Revolution ansehnlich vorrücken Stelle die Industrie- und Handelszentren, die die ober-schlesische Industrie einen auf natürlichen Grund aufgebaut, aber in seiner Vollkommenheit höchst komplizierten Organismus, in den eingewickelt nicht möglich ist, ohne das Ganze schwer zu schädigen und etwa lösliche Teile der Verbindung zu trennen.

Der Obersteuerrat tritt, verknüpft sich am ober-schlesischen Reiche, das durch Sprache, Kultur und Religion sowie durch gemeinsame Geschicke untrennbar miteinander verbunden ist. Aufgabe der staatsmännlichen Entscheidung, für welche die Volksentscheidung die Grundlage bieten soll, kann es unmöglich sein, diese durch teilweise-zeitliche Einwirkung gelagerten Zusammenhänge zu trennen und unter förmlicher Zwangsetzung lokaler Abstammungsergebnisse entgegen dem klar erkennbaren Volkswillen eine Grenze zu verändern, die seit 700 Jahren festliegt und eine der ältesten Grenzen Europas bildet. Die überwiegende Mehrheit des ober-schlesischen Volkes hat sich für Deutschland entschieden. Die demokratischen Kräfte verlangen, daß dieser Mehrheitswille zur Durchführung kommt. Die Berücksichtigung des Wunsches der Mehrheit darf nicht dazu führen, daß am Schaden des Ganges sowie zum Schaden eines abgetrennten Teiles die Gemeinshaft gerissen wird. Das will auch das ober-schlesische Volk nicht. Durch die seitens des Deutschen Reiches gestellte Bundespflicht ist es notwendig, die unter dem Obersteuerrat in der Lage sein, die Verfassung und Verfassung seines Landes so einzurichten, wie es der besonderen Eigenart seiner Weisheit entspricht. Hierbei werden auch die Wünsche derer ihre Verfertigung finden, die bei der jetzigen Volksbefragung in der Mehrheit geblieben sind.

Die deutsche Regierung bezieht sich, in der Anlage eine Denkschrift über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ober-schlesien und Deutschland sowie eines Gutachten über die wirtschaftliche Einheit Ober-schlesiens den Antrag zu stellen, daß gesamte ober-schlesische Abstammungsgebiete ungeteilt dem Deutschen Reiche zugehörig. Die deutsche Regierung stellt diesen Antrag in der festen Überzeugung, daß Ober-schlesien ebensoviele ohne Deutschland leben kann, wie Deutschland ohne Ober-schlesien nicht in der Lage sein würde, sich wirtschaftlich zu erhalten und seine Lebensfähigkeit wieder zu gewinnen. Jede andere Lösung würde auch dem Frieden übertrug ammerlaender, der im Gegensatz zu den Vorkäufen über die Abstammung in Schlesien eine Zielungsmaßnahme nicht besteht.

Es müssen, daß die sozialdemokratische Fraktion in Preußen einstimmig beschlossen hat, mit der Deutschen Volkspartei zusammen nicht in die Regierung zu gehen, sondern an der alten Koalition festzuhalten. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben sich ebenfalls auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erneuerung der Koalition nach rechts geboten sei. Vorhergehen ist seit vier Wochen die Frage der Regierungsbildung auf dem taten Punkt. Deshalb haben wir nach einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten uns bereit erklärt, zu prüfen, ob überhaupt eine gemeinsame Regierungsbasis mit der Deutschen Volkspartei zu finden wäre. Sie werden begreifen, daß wir für den Fall des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung die von uns vertretenen Interessen und Standpunkte im weitestgehenden Maße zu sichern bemüht sein müßten. Das Wünschenswerte, was wir im Falle des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung von der Koalitionsparteien fordern müßten, wäre das folgende:

1. Die Koalitionsparteien stellen sich in ihrer parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit klar und unmissverständlich auf den Boden der demokratischen, republikanischen Verfassung des Reiches und Preußens.
2. Die Demokratisierung des preussischen Verwaltungsgesetzes und des preussischen Verwaltungskörpers wird in republikanischem Geiste in der Weise wie bisher fortgeführt.
3. In den letzten Monaten ist es der Arbeit des Finanzministeriums gelungen, entgegen früheren Auffassungen, die Unrechtmäßigkeit umfangreicher Ansprüche des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern nachzuweisen. Diese Arbeit muß in gleichem Maße fortgesetzt werden.
4. Beim Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung müssen unter den Ministern, die mit sozialdemokratischer Ministern besetzt werden, unbedingt sein:
 - das Finanzpräsidium,
 - das Ministerium des Innern,
 - das Ministerium für Landwirtschaft.

Wir bemerken noch einmal, daß es sich um eine rein informatorische Erkundigung handelt. Der Beschluß der Fraktion, in seine Regierung mit der Deutschen Volkspartei zu gehen, besteht unverändert fort. In welchem Sinne eine Erklärung der Deutschen Volkspartei zu den vier formulierten Bedingungen unserer Meinung nach für eine eventuelle Stellungnahme unserer Fraktion von Wert sein.

Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie eine Entscheidung der Deutschen Volkspartei über diese Fragen herbeiführen wollten."

Dazu bemerkt die parlamentarische Zeitschrift der "National-Liberalen Korrespondenz":

"Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist in der Entscheidung, auf dies Schreiben irgendeine eingehende, einmütig gemein. Ganz abgesehen davon, daß es sich bei dem Schreiben des Abgeordneten Sieving nicht um eine Maßnahme der sozialdemokratischen Fraktion, sondern, wie es selbst hervorgeht, um eine ganz unverbindliche" Lausung dieses Angelegenheit handelt, ganz abgesehen davon auch, daß die Form und Fassung der an die Deutsche Volkspartei gestellten Fragen selbstens ungenügend ist, bezieht ungenügend, daß die Zeitschrift

!!!
sch!
S.
021
ir!
ten.
oiden
Voise
MS
a.
the
eate
ühne
runt 569.
wieder
ager!
s 71; Un
J. Ball.
ück.
nd Hals
auer.
J. H.
Lina
rika
ab Botta
11. Mai
2. Juni
ucht,
beth,
neira
eason.

Vollspartei wohl berechtigt wäre, schon um deswillen ein Eingehen auf den sachlichen Inhalt des Schreibens abzuholen, von all diesem ganz abgesehen, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei jeden, den es angeht, lediglich auf ihr Programm und ihre Wirken in der Öffentlichkeit zu verweisen. Das Programm gibt über die Ziele, die Erklärungen der Fraktionsteilnehmer in der Landesversammlung und die Bestimmungen der Fraktion über die Stellung der Deutschen Volkspartei zu den Fragen der Gegenwartspolitik völlig klaren Aufschluß. Derselbe lineare Zusammenhang der Erklärungen abgesehen liegt für die Fraktion kein Anlaß vor.

Wiederbeginn des preussischen Landtages

Wahl des Ministerpräsidenten am Sonnabend Kommunistische Käufern

Der Ministerpräsident bei Schloß, daß der Landtag heute seine Sitzung abhält und daß am Sonnabend die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung gesetzt wird.

Sitzungsbericht

w. Berlin, 7. April.

Präsident Heinke eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

Abg. Oberlein (Komm.) beantragt unter Beifrieden des Hauses vor Eintritt in die Tagesordnung, die Anträge seiner Partei wegen der Vorfälle in Mitteldeutschland auf der Tagesordnung zu setzen. Die Ausführungen des Redners über Verordnungen und Modifikationen an ungeschützten Arbeitern erregen starken Beifall.

Präsident Heinke fordert den Redner auf, sich im Rahmen der Geschäftsordnung zu halten.

Abg. Oberlein (Komm.) fügt fort, ohne sich um die Worte des Präsidenten zu kümmern, wolle die Versammlung gegen Haus und Regierung zu rufen.

Präsident Heinke erklärt, daß die Verfügungen des Redners, die geschehen sind, weder die Geschäftsordnung, noch in das amtliche Stenogramm aufgenommen werden.

Abg. Oberlein (Komm.) protestiert und ergeht sich in weitern Beschimpfungen und in Beschuldigungen, von der Mehrheit hitzhaft unterbrochen.

Wegen die fortwährende Beschimpfung dieser Angelegenheit erhebt sich Widerspruch. Es bleibt damit bei der alten Tagesordnung.

Zur dritten Beratung des Antrages Dr. Wolf und Genossen betreffend verfallene Wahlen zum Staatsrat in der Provinz Ostpreußen nimmt Abg. v. Striss (Zeitschrift), das Wort zu längerer ausführlicher Begründung eines Antrages, der den Antrag des preussischen Verfassungsausschusses zum Antrag Wolf in Einklang bringen soll.

Der Antrag Striss wird angenommen, ebenso der Antrag Wolf.

Angenommen werden die Anträge des Abg. Hoffmann (Komm.) auf Einstellung des Verfahrens gegen die Abgeordneten Bräutigam, Schöler, Dr. Weber und Frau Wolfstein, sämtlich kommunistischer, und ein Antrag Stiering (Ges.) auf Aufhebung eines Strafverfahrens gegen die Abg. Frau Dr. Wegscheider (Ges.).

Es folgt die Beratung des Antrages der Deutschen Volkspartei auf Einleitung eines besonderen Untersuchungsausschusses für die in den letzten Jahren und für das nächste Jahr in der Provinz Ostpreußen verfallenen Wahlen zum Staatsrat.

Abg. Dr. Hofe (D. Vpt.) begründet den Antrag, der eine Entlastung des großen Ausschusses beabsichtigt und verlangt Überweisung an den Verfassungskommissionen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag dem Ausschuss für Einleitung und Wohnungswesen überwiesen.

Ein vom Abg. Oberlein (Komm.) begründeter Antrag auf Bestellung eines ständigen Ausschusses für Wahlen angetragenen wird angenommen.

Abg. Dr. Grünmann (D. Vpt.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, es möge ein besonderer Ausschuss von 21 Mitgliedern eingesetzt werden, der die gesetzliche Regelung des Verfallens der Wahlen zum Staatsrat mit den großen Verfassungsorganen des Bundes bereitet.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag angenommen.

es wird Sache des Zentrums sein, seine theoretische Erkenntnis in die Praxis zu überführen; jenseit es Grundzüge und politische Überzeugung auslösen, wird die Deutsche Volkspartei diesem Bemühen ihre Unterstützung gewähren.

Die Deutschnationale Fraktion des preussischen Landtages hat in ihrer gestern vormittag abgehaltenen Sitzung in erster Linie die Frage der Regierungsbildung in Preußen besprochen. Dabei wurde der unabweisbare sachliche Schwerpunkt der Parteifragestellung, wie er u. a. in der in der Korrespondenz der Deutschnationalen veröffentlichten vom 25. März veröffentlichten Erklärung niedergelegt wurde. Es wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, daß auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtages die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten gesetzt wird.

Es folgt die erste Beratung des von den Abg. Koch-Cunhausen (D. Vpt.) und Genossen beantragten Gesetzentwurfes über die Neuregelung der Berufung der evangelischen Landesräte der Provinz Westfalen.

Abg. Koch-Cunhausen (D. Vpt.) begründet den Gesetzentwurf, der in drei neuen Paragraphen die Berufungsbefugnis in ähnlicher Weise neu regeln will, wie dies schon für die alte preussische Landesräte geschehen ist.

Abg. Hoffmann (Komm.) tritt gegen die Vorlage. Die Regierungsbildung sollte sich überhaupt nicht mehr um Kirchenangelegenheiten kümmern.

Abg. Dr. Dreß (Christlichsozialist) tritt dem Abg. Hoffmann entgegen. Eine öffentlich-rechtliche Regelung der Kirchenverwaltung ist nach der Verfassung unabweislich.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Ges.) wendet sich gegen Einzelheiten der Vorlage und beantragt Überweisung an den Rechtsausschuss.

Abg. Kleinmann (N. G.) stimmt der Ausschussüberweisung zu.

Ein Regierungsdirektor, Ministerdirektor Dr. Meißner, hält die Angelegenheit für eine reine Verwaltungsangelegenheit, die sich eine andere Verwaltung der neuen Provinzen gegenüber der alten Landesräte erfordere.

Die Kommissionberatung wird sodann abgelehnt, der Antrag Koch stellt angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Wolf u. Gen. auf die Einleitung der Diensthandhabung für Generalinspektoren usw. und der Bestimmung für künftige Gelehrte.

Abg. Wolf (Chr.) begründet den Antrag, der sich auf frühere Bewilligungen der Landesversammlung annehme und neue Forderungen nicht ausschließt.

Abg. Weber (Ges.) wendet vor einer Erörterung der Gründe der Wünsche, da diese nur die Vereinbarbestimmung zwischen Staat und Kirche erfordere und begütige.

Abg. Wolf (Deutschl.) begründet einen Antrag, die Wohlhaltung der Angelegenheit für die in der oben erwähnten angeführten Konfliktfälle zu untersuchen.

Abg. Hoffmann (Komm.)pricht sich für die Ablehnung des Antrages aus. Die Anhänger der Kirche sollen selbst für Gebaltsverhörungen sorgen. Die Preisverteilung bestimmt zwar, daß die Angehörigen der Kirche die Angelegenheiten zwischen Staat und Kirche in die Hände der Kirche übertragen werden, nicht aber Gehaltsverhörungen nicht vor. Der Antrag bedeutet demnach einen Verfassungsbruch.

Abg. Westphal (Dem.) stimmt dem Antrag Wolf zu, für den er eine Erörterung der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche nicht befürchtet. Gegen die Ausschussberatung des Antrages sei nichts einzuwenden.

Abg. Dr. Wolf (D. Vpt.) tritt für Überweisung an den Hauptausschuss ein und bezieht sich eine gründliche Aussprache über den Antrag, um nicht halbherzig auf zu leisten.

Der Antrag geht an den Hauptausschuss.

Abg. Striss (Ges.) begründet den Antrag seiner Fraktion, zur Linderung der Arbeitslosigkeit im Sauer- und Siegerland den bereits 1912 eingeleiteten Bahnweg der Strecken Siegen-Kreisfeld, Kreuzthal-Olpe und Olpe-Weinbergersdorf in vollem Umfang in Angriff zu nehmen und auf die Hochrechnung entsprechend einzulassen.

Abg. Dr. Grünmann (D. Vpt.) unterstützt den Antrag und wendet sich gegen ein deutschnationales Zusatzangebot, der ganz allgemein der Arbeitslosigkeit überall durch Waldarbeiten, Kanalarbeiten oder andere öffentliche Arbeiten hemmen will.

Abg. Martin (Zeitschrift) betont gegenüber der Wichtigkeit des Antrages seine Zustimmung. Mit diesen Worten wird die Sitzung geschlossen.

Arbeitslosigkeit nicht besteht. Es müßte endlich etwas geschehen. Gerade jetzt, wo infolge der Sanftionen große Anträge, die an das Ruhrgebiet erteilt worden waren, zu rückgegeben werden, müßte den Arbeitern des Sauerlandes Arbeit gegeben werden. Der deutschnationale Antrag will daher auch gleich für ähnliche Fälle Arbeit schaffen.

Im 6. Uhr schließt der Reichstag die Verhandlung ab. Die übrigen Parteien treten für Verhandlung ein, die auch beschließen wird.

Präsident Heinke schließt vor, die nächste Sitzung am Sonnabend 11 Uhr vormittags mit der Tagesordnung abzuhalten: Einleitende Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten, Wahl des Ministerpräsidenten, Anträge.

Abg. Schöler (Komm.) beantragt Freitag zu tagen und die mitteltürkischen Unruhen zu betrachten. An der Begründung des Antrages richtet er gegen die Regierung heftige Angriffe, die zur Erregung Aushebungen im Hause führen.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag des Präsidenten gegen die Stimmen der Kommunisten und einiger Unabhängiger angenommen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Milliardenwerte zur Derrichtung

w. Berlin, 7. April.

Das Auswärtige Amt hat an die internationalen Militär-Kommissionen folgende Note gerichtet:

Die deutsche Regierung hat Kenntnis davon genommen, daß die Besetzung der neuen Provinzen durch die deutsche Regierung über die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen (sowie die Provinz Pommern) bis zum Eintritt des Besatzungssoldaten in diesen Gebieten liegen zu lassen, abgesehen und sofortiger Herstellung dieser Provinzen besteht. Damit würden die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen als eine Einheit mit der militärischen Verwaltung vereinigt werden. Die deutsche Regierung wird genötigt, ihr Budget in den kommenden Jahren mit hohen Aufwendungen für den Bedarf der Wehrmacht zu belasten, was bei Annahme des Besatzungssoldaten werden würde. Die Durchführung dieses Beschlusses erforderlicheren Anordnungen werden erteilt.

Die deutsch-belgische Grenze

w. Berlin 7. April.

Die bei der Festlegung der neuen deutsch-belgischen Grenze einige getriebenen Meinungsverschiedenheiten sind, wie berichtet, noch nicht gelöst. Die Verhandlungen der Grenzkommission hat zwei deutsche Vertreter die Verhandlung veranlaßt. Der deutsche Vertreter in der Kommission hat eine größere Grenzveränderung beantragt; die erste bezog sich auf den nördlichen Teil des Kreises Eupen, der für die Stadt Eupen von großer Wichtigkeit ist. Der deutsche Vertreter beantragt, dieses Gebiet als belgisch zu erklären. Die Befragung dieser Frage hat ergeben, daß die Grenzkommission die deutschen und die belgischen Anträge mit großer Mühe prüft. Die Grenzkommission behält das Recht, die Verhandlungen für unzulässig zu erklären, wenn die vorgeschriebenen Daten nicht zur Verfügung stehen. Die Kommission ohne Grund und unter Überbreitung ihrer Zuständigkeit abgebenen ist, aber über die Angelegenheit vor ein unparteiisches Schiedsgericht zu bringen.

Organisierter Hochverrat

Die „rheinische republikanische Volkspartei“

Berlin, 7. April.

Die Kommunisten haben an die Internationalisierte Kommission in Solingen ein Telegramm geschickt mit folgenden Inhalt:

Die Vertreter von 15.000 Arbeitern aus dem Kreis Jandorf haben sich in Solingen zur Internationalisierten Kommission in Solingen in einem Kampf gegen die preussische Reaktion und den vertriebenen Militarismus. Wir sind Unterstützer der rheinischen Republik. Wir bitten um Freilassung der durch den Streik Anhafteten und sind bereit, in diesem Falle die Arbeit in solingen wieder aufzunehmen.

Abteilungsrepublikanische Volkspartei.

Dieser Streik der Arbeiter aus dem ausgeführten militärischen Feindbünd gegen den angeführten preussischen Militarismus ist der Gipfel der Schamlosigkeit und übertritt die Grenzen der Unmoralität, die in den letzten zwei Jahren von christlichen und verlotterten deutschen Soldaten gegenüber dem nationalsozialistischen Reich verübt worden ist. Die ganze deutsche Nation müßte diese Kräfte als Verbreiter von sich abstoßen. Es würde aus dringender Notwendigkeit, die Dringlichkeit dieser dringlichen „Partei“ festzustellen und der öffentlichen Verhandlung auszulassen.

Die Erbin von Lohberg

111) Roman von E. v. Adlersfeld-Wallaustr.

(Nachdruck verboten.)

Wir alle, die wir hier verammelt sind, waren Zeugen von dem Augenblick, in welchem die junge Erbin von Lohberg, zum ersten Male diese Zimmer betretend, das Bild des Grafen Magnus erblickte und — in ihm das Bild ihres eigenen Vaters erkannte. Wir haben ihre uns jetzt sehr begriffliche Erregung gesehen, ohne sie damals zu verstehen, vielleicht haben auch einige von uns sie für gemacht und unaufrichtig gehalten. Aber sie war echt, und das mit vollem Recht; denn nicht allein, daß für Elinor Wilsch damit der sojald geliebte Schicksal ihrer Herkunft sich erfüllt, daß sie noch erfuhr, was der unbekannte Vater war, dessen Bild sie angeteilt, — diese Entdeckung gab ihrer Stellung denen gegenüber, die sie hierher gebracht, eine andere Wendung, eine festere Stütze. Und dann fand sie unter den nachgelassenen Briefen des verstorbenen Grafen einen Brief ihres Vaters, in welchem letzterer ein volles Bekenntnis seiner Verhältnisse zu der berühmten „Mitzitana“ ablegte, ihm die Tatsache seiner bürgerlichen Vererbung und die Ursache seines Bruches mit ihr mitteilte. Gewiß wird es ihr niemand verdenken, daß sie, die bisher nur ein Recht auf den Namen Wilsch gehabt und die Stelle ihrer Schwester Leonore unvertreten, sich Gewißheit über ihre Herkunft verschaffen wollte. Diese Gewißheit habe ich erlangt, und die hier vor mir liegenden Dokumente bestätigen sie amtlich und zweifelslos.

Das erste hier ist der Totenschein des Franzosen Róméo Remona, des ersten Gatten der Wilsch Wilsch, alias Wilsch Titania. Er starb durch einen Sturz ins Meer, wobei die drei Monate vor ihrer Vererbung mit dem Grafen Magnus Lohberg; es war kein Zwillingsschwester, der unter Annahme des Bormannes Róméo aus leicht begründlichen Selbstverpflichtungen in die Fußstapfen des ihm sehr ähnlichen, berühmten Bruders trat und dadurch

zu dem Irrtum Veranlassung gab, der für des letzteren Wilsch zu dem verhängnisvollen Bruch mit ihrem zweiten Gatten führte, ersten Rinde den ihm rechtlich zugewiesenen Namen zurück.

Diese beiden anderen Dokumente sind die beglaubigten Abschriften aus dem Ehevertrage über die erfolgte Vermählung des Grafen Magnus Lohberg mit Wilsch Wilsch und aus dem Kaufregister der Kirche Sanct Bonifaz in London, welche letzteres das Datum der Geburt ihrer Tochter Elinor bestätigt. Ich lege alle drei Dokumente hiermit in die Hände Eurer Excellenz als Beweise für meine Behauptung, daß diese junge Dame hier, Elinor Gräfin von Lohberg, die echte Erbin dieser Herrschaft ist; denn, abgesehen von dem Verurs ihrer Mutter, war diese ihrem rechtmäßigen Gatten unweifellos ebenbürtig, was durch die Tatsache, daß ihre älteste Schwester, die gegenwärtige Herzogin von Farnborough ist, ohne weiteres erhellt.

Die Wirkung von Windmüllers Darlegung war auf seine vier Zuhörer eine ganz außerordentliche. Der Graf stand nun mit fast gewagten Fingern die ihm überreichten Dokumente entgegen und sah sich hinüber auf die durch einen unerbittlichen Betrug in ihre Rechte eingetragene „echte Erbin von Lohberg“, die hochausgerüstet, mit blühenden Augen und herrschaftlich glühenden Wangen auf ihrem Sessel wie eine Königin auf ihrem Throne saß, die gestalteten Hände auf die Brust gepreßt, nach Atem ringend und die Lippen bebend, über die doch kein Laut kam.

Ja, ich zusammengekommen, um Zuhörernte gealtert, sah Elinor da und lierte wie hüde vor sich hin, während seine Frau mit beiden Händen ihren Kopf geist hatte. Sie war die erste, die Worte sprach; mit einer Heftigkeit aufspringend, daß der Tisch vor ihr insanken kam, schrie sie auf:

„Und wer — wer bin ich?“

„Sie sind die Gemahlin des Herrn von Elinor, gnädige Frau“, sagte Windmüller nicht ohne Teilnahme, aber laut und deutlich eine Tatsache feststellend. „Das ist ein Name, den Ihnen niemand streitig machen kann. Ihre vorige Ehe

mit dem Grafen Magnus Lohberg war nach diesen Beweisen natürlich unzulässig, wenn auch kein euer Glaube, rechtmäßig mit Ihnen verheiratet gewesen zu sein, kann einen Zweifel unterliegen.“

„Und meine Tochter?“ fragte Frau von Elinor mit bleichem Gesicht dem Windmüller gegenüber. „Ihre Tochter hat sich mit einem stillen Gemüthsgeheimnis verheiratet.“

„Ihre Tochter haben Sie unter fremden Namen in ein fremdes Land geschickt, — sie wird unter ihm ebenfalls noch ruhen, wie unter dem einzigen, auf den sie nach dem Geiste Anspruch gehabt hätte, — Ihrem Mädchennamen“, erwiderte Windmüller ernst. „Und nun, Excellenz“, fuhr er zu dem Grafen hinüber fort, „gestatten Sie, daß ich mich zurückziehe; denn Ihre Erörterungen mit diesen Herren sind liegen außerhalb meiner Sphäre. Ich bitte mir noch ein Wort an Gräfin Elinor zu erlauben: für den Fall, daß sie hinter, aber meine Äußerung überbringt nicht mehr genügt sein sollte, mich zu empfangen, möchte ich die kleine Angelegenheit gern sehr berichten.“

„Allo, Gräfin, während Ihrer Anwesenheit in Döbourn-Castle möchte Ihnen der Graf einige Besuche, von denen er selbst wohl schließlich nicht im Stande darüber war, daß er kein Recht hatte, sie fortzugeben, da es Familienverhältnisse sind. Eines dieser Besuche, eine gewisse Kaffeezeit von Elinor mit Elinor, wurde durch ein Mißverständnis von Wilsch Remona Jones veranlaßt und kam dadurch zufällig in meinen Besitz, — Sie haben den Schlüssel dazu an meiner Tochter in solingen verberreicht. Ich traue unzulässig den letzten dar, vor dem Namen, der mit von diesen Briefen enthält, — nun, und das mich zu empfangen, möchte ich die kleine Angelegenheit gern sehr berichten.“

„Allo, Gräfin, während Ihrer Anwesenheit in Döbourn-Castle möchte Ihnen der Graf einige Besuche, von denen er selbst wohl schließlich nicht im Stande darüber war, daß er kein Recht hatte, sie fortzugeben, da es Familienverhältnisse sind. Eines dieser Besuche, eine gewisse Kaffeezeit von Elinor mit Elinor, wurde durch ein Mißverständnis von Wilsch Remona Jones veranlaßt und kam dadurch zufällig in meinen Besitz, — Sie haben den Schlüssel dazu an meiner Tochter in solingen verberreicht. Ich traue unzulässig den letzten dar, vor dem Namen, der mit von diesen Briefen enthält, — nun, und das mich zu empfangen, möchte ich die kleine Angelegenheit gern sehr berichten.“

„Allo, Gräfin, während Ihrer Anwesenheit in Döbourn-Castle möchte Ihnen der Graf einige Besuche, von denen er selbst wohl schließlich nicht im Stande darüber war, daß er kein Recht hatte, sie fortzugeben, da es Familienverhältnisse sind. Eines dieser Besuche, eine gewisse Kaffeezeit von Elinor mit Elinor, wurde durch ein Mißverständnis von Wilsch Remona Jones veranlaßt und kam dadurch zufällig in meinen Besitz, — Sie haben den Schlüssel dazu an meiner Tochter in solingen verberreicht. Ich traue unzulässig den letzten dar, vor dem Namen, der mit von diesen Briefen enthält, — nun, und das mich zu empfangen, möchte ich die kleine Angelegenheit gern sehr berichten.“

